11.57

Abgeordneter Dr. Nikolaus Scherak, MA (NEOS): Frau Präsidentin! Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Herr Finanzminister! Herr Staatssekretär – heute dauert die Begrüßung länger! Sehr geehrte Frau Rechnungshofpräsidentin! Sehr geehrte Frau Volksanwältin! Sehr geehrte Volksanwälte! Herr Finanzminister, ganz kurz etwas zu Ihrem vorigen Redebeitrag, weil mir das schon mehrmals aufgefallen ist: Sie schauen da immer in den Saal und sagen: ***Sie*** haben den Leuten vorgegaukelt, dass sie entlastet werden. Sie sagen, ***Sie*** haben dieses Linke-Tasche-rechte-Tasche-Spiel gespielt. – Ich muss Sie vielleicht daran erinnern: Ihre Vorgänger, Grasser, Molterer, Pröll, Fekter, Spindelegger, Schelling, waren schon alle ÖVP-Mitglieder; wenn, dann haben ***die*** dieses Linke-Tasche-rechte-Tasche-Spiel gespielt und etwas vorgegaukelt, aber es waren sicher nicht wir. *(Beifall bei NEOS und SPÖ.)*

Es freut mich aber, wenn wir es nicht mehr machen, da gebe ich Ihnen grundsätzlich recht.

Kollege Gerstl hat es schon angesprochen: Wir sprechen hier über viele unterschiedliche Untergliederungen. Ein wichtiger Teil ist die Bundesgesetzgebung, das Geld fürs Parlament. Ich glaube auch, dass wir hier einen Kompromiss zustande gebracht haben, der das Parlament stärkt, und Sie wissen ganz genau, dass mir die Arbeit des Parlaments ganz besonders wichtig ist und dass ich mich immer dafür einsetzen werde. Wir wissen aber auch, dass es schon auch noch bessere Möglichkeiten gibt, als das, was wir jetzt gemacht haben. Es ist ein guter Schritt, es gibt aber bessere Möglichkeiten.

Wir haben gemeinsam mit dem Nationalratspräsidenten den Deutschen Bundestag besucht, und gerade der Deutsche Bundestag ist ein Vorbild, wenn es um den wissenschaftlichen Dienst geht, durch den komplett parteiunabhängige wissenschaftliche Expertise zur Verfügung gestellt wird, weil es auch darum geht, dass wir als Parlament den Wissensvorsprung, den die Regierung in vielen Bereichen logischerweise hat, ausgleichen können. Das ist etwas, wo wir in Zukunft, glaube ich, viel eher hinsollten, und dahin gehend sollten wir uns auch am Deutschen Bundestag orientieren.

Wir sprechen über das Budget für die Volksanwaltschaft, über das Parlamentsbudget, über die Höchstgerichte, und da, Herr Kollege Gerstl, ist natürlich schon, zumindest ansatzweise, nachvollziehbar, was Kollege Jarolim angesprochen hat, denn es geht um eine grundsätzliche Frage. Es geht darum, wie wir mit der Rechtsstaatlichkeit in Österreich umgehen, und wir haben jahrelang, insbesondere bei den Höchstgerichten, immer wieder die Problematik gehabt, dass es sich mit dem Budget gerade noch ausge-

gangen ist. Und wir haben Ähnliches jetzt wieder gehört: Es geht sich gerade noch aus, hat uns Frau Präsidentin Bierlein gesagt. Präsident Thienel hat gesagt, es geht sich noch weniger gerade noch aus.

Das betrifft genau diese grundsätzliche Frage, die sich auch im Zusammenhang mit den Gerichten gestellt hat; die Richterinnen und Richter protestieren jetzt natürlich zu Recht, weil es um eine Grundsatzfrage geht. Und wenn wir dort, wo es so wichtig ist, nämlich betreffend Rechtsstaatlichkeit, zu sparen beginnen, dann können wir uns grundsätzlich schon einmal überlegen, wie ernst wir das Ganze nehmen. Wenn wir bei einer der wesentlichen Voraussetzungen der Demokratie, nämlich beim Rechtsstaat, zu sparen beginnen, dann haben wir aus meiner Sicht ein schwerwiegendes Problem. *(Beifall bei NEOS und SPÖ.)*

Herr Kollege Gerstl, Sie haben noch gesagt, das Bundeskanzleramt sei vorbildlich in der Budgeterstellung. – Ich sehe das naturgemäß, zumindest in Teilen, ein wenig anders.

Zur Frage dieser Sonderbudgets: Der Bundeskanzler hat im Ausschuss gesagt, wofür er vorhat, das zu verwenden. Im Sinne der Budgetwahrheit und der Transparenz wäre es für mich logischer gewesen, dass man die Posten auch konkret ins Budget einstellt. Ich bin jetzt einmal zuversichtlich, dass die Gelder auch dafür verwendet werden; ich hoffe, dass es so ist. Mir ist schleierhaft, wieso man es nicht konkret ausweisen kann. Das würde ich mir im Zusammenhang mit dem Budget an und für sich erwarten.

Ein letzter Punkt, weil ich immer höre, wir wollen im System sparen – Kollege Nehammer hat das im Verfassungsausschuss gesagt, und es ist so ein grundsätzliches Mantra dieser Regierung: wir sparen im System –: Das ist eine lustige Sache im Zusammenhang mit der Parteienförderung, die wir zugegebenermaßen erst am Freitag besprechen werden, nämlich die Aussetzung der Valorisierung der Parteienförderung; es ist aber schon eine grundsätzliche Frage. Wir als NEOS würden uns mehr finanzielle Mittel fürs Parlament wünschen – so wie wir es heute beziehungsweise in den nächsten Tagen auch beschließen werden –, aber auch eine Reduktion der Parteienförderung. Kollege Nehammer hat mir erklärt, man wolle im System sparen, und deswegen werde die Valorisierung jetzt ein Jahr ausgesetzt.

Erstens: Man vergisst, dazuzusagen, dass die Valorisierung nur auf Bundesebene ausgesetzt wird und gerade die fetten Parteienförderungen in den Bundesländern nicht angetastet werden.

Zweitens: Es ist denkunmöglich, im System zu sparen, wenn man einmal etwas aussetzt, weil man das System, die Systematik, dass man andauernd valorisiert und er-

höht, nur dann ändern kann, wenn man die Valorisierung abschafft; das heißt, dieses Im-System-Sparen, das Sie in diesem Zusammenhang an den Tag legen, ist nichts als ein billiger Taschenspielertrick. Wenn Sie wirklich im System sparen wollen, dann reduzieren Sie endlich die Parteienförderung und hören Sie auf mit der Valorisierung! Das ist wirklich im System sparen, und nicht dieser billige Schmäh, den Sie jetzt der Öffentlichkeit so verkaufen. *(Beifall bei den NEOS sowie der Abgeordneten **Jarolim** und **Noll.**)*

12.01

Präsidentin Doris Bures: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Mag. Harald Stefan. – Bitte.